



## Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Motion 2022-GC-216

### Einführung einer kantonalen Jugendsession ins Jugendgesetz

---

Urheberinnen:	Rodriguez Rose-Marie / Baschung Carole
Anzahl Mitunterzeichner/innen:	31
Einreichung:	14.12.2022
Begründung:	14.12.2022
Überweisung an den Staatsrat:	14.12.2022
Antwort des Staatsrats:	05.02.2024

---

#### I. Zusammenfassung der Motion

In ihrer am 14. Dezember 2022 eingereichten und gleichentags begründeten Motion fordern die Grossrätinnen Rose-Marie Rodriguez und Carole Baschung die Einführung einer kantonalen Jugendsession ins Jugendgesetz (JuG; SGF 835.5).

Angesichts des Erfolgs der Veranstaltung und auf Wunsch der Teilnehmenden, Freiwilligen und Organisatoren fordern die Motionärinnen eine Änderung des JUG, so dass:

- > die Verpflichtung des Staatsrats zur Unterstützung einer kantonalen Jugendsession eingeführt wird, die mindestens alle zwei Jahre stattfindet, indem er den Auftrag der Kommission für Kinder- und Jugendfragen, dem Jugendrat oder einer anderen freiburgischen Vereinigung überträgt;
- > die Verpflichtung des Staatsrats eingeführt wird, eine regelmässige jährliche oder zweijährliche finanzielle Unterstützung in den Staatsvoranschlag einzustellen;
- > die Verpflichtung des Staatsrats eingeführt wird, die kantonale Jugendsession bei den Jugendlichen aktiv zu promoten, insbesondere durch eine breite Kommunikation in den verschiedenen Schul- und Berufsbildungseinrichtungen des Kantons.

#### II. Antwort des Staatsrats

##### 1. Zur Partizipation ermutigen

Die Schaffung und Organisation einer Jugendsession ist eine der Aktionen zur Umsetzung von Ziel 2 der [kantonalen Strategie «I mache mit!»](#), «Zur Partizipation ermutigen»<sup>1</sup>. Die politische Bildung und die Valorisierung des Mitspracherechts von Jugendlichen sind Ziele der Strategie, die sich gegenseitig bekräftigen und gemeinsam die Demokratie in unserem Kanton stärken.

---

<sup>1</sup> Die Einrichtung einer Jugendsession ist Teil der Aktionen des Handlungsbereichs 5 «Recht auf Meinungsäusserung und Anhörung», Interventionsachse 2 «Kantonale Strukturen und Projekte zur Partizipationsförderung entwickeln».

Staatsbürgerliche und politische Partizipation sowie politische Bildung von Jugendlichen ist ein wichtiger, jedoch auch heikler Handlungsbereich, der viele Debatten auslöst. Tatsächlich ist die Beteiligung der 18- bis 25-Jährigen an Abstimmungen und Wahlen generell tiefer als in der übrigen Bevölkerung<sup>2</sup>. Trotzdem stimmt gemäss dem [easyvote-Politikmonitor 2017](#) eine klare Mehrheit der Jugendlichen der Aussage zu, Politik habe einen grossen Nutzen für die Zukunft. Tatsächlich haben die politischen Themen und Herausforderungen der letzten Jahre das politische Engagement in der Parteijugend, in aktiven Online-Gruppen oder auf Plattformen für politische Partizipation angekurbelt. Diese Engagements zeigen, dass es verschiedene Formen der politischen Partizipation gibt, vor allem für Minderjährige.

Auf nationaler Ebene sowie in mehreren Kantonen, darunter insbesondere Waadt, Genf, Wallis und Bern, werden regelmässig Jugendsessionen abgehalten. Jugendparlamente werten das in der Kinderrechtskonvention verankerte Recht auf Partizipation auf und ermöglichen es den Jugendlichen, politische Kompetenzen zu erwerben und demokratische Gepflogenheiten zu entwickeln. Eine aktive Partizipation der Jugendlichen in einer Demokratie verbessert deren Qualität und den Zusammenhalt der Gesellschaft, da Meinungsvertretung, -einbindung und -vielfalt gestärkt werden.

Gemäss JuG ist im Kanton Freiburg der Staat Freiburg dafür verantwortlich, die Massnahmen für die soziale und politische Integration von Kindern und Jugendlichen zu koordinieren<sup>3</sup>.

## **2. Organisation und Fazit der ersten Freiburger Jugendsession (FJS)**

Die erste FJS fand im November 2022 statt und wurde von Frisbee, dem Freiburger Netzwerk für Kinder- und Jugendorganisationen, koordiniert, in Zusammenarbeit mit dem Jugendrat (JR), dem Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ), dem Generalsekretariat der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) sowie der Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung (FKJF). Mehrere Direktionen des Staates, insbesondere die ILFD sowie die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD), waren an der Veranstaltungsorganisation beteiligt, allen voran durch ihre Vertretung in einer Begleitgruppe des Organisationskomitees von Frisbee<sup>4</sup>. Die Schulen der Sekundarstufe 2 (Gymnasien, Fachmittelschulen und Handelsmittelschulen) warben über die üblichen Kanäle bei ihren Schülerinnen und Schülern für die FJS. Des Weiteren steht die Veranstaltung im Einklang mit der Absicht des neuen Rahmenprogramms von Matu2027, die politische Bildung in der Ausbildung von Studierenden zu stärken.

Als punktuelle Veranstaltung konnte die FJS viele Jugendliche erreichen, allen voran solche, die sich nicht langfristig oder kontinuierlich engagieren möchten. Begleitet von Moderatorinnen und Moderatoren konnten sich die Teilnehmenden über verschiedene Themen informieren, äussern und austauschen. Da die FJS im Rathaus stattfand, konnten sich die Jugendlichen vor Ort mit den Schauplätzen der Freiburger Politik und ihren Prozessen vertraut machen, wie z. B. den Schritten zur Ausarbeitung eines Gesetzes. Dies wiederum förderte die Synergien mit dem Grossen Rat und die Begegnungen mit Politikerinnen und Politikern, besonders weil die angenommenen

---

<sup>2</sup> Kuenzi, R., Glatthard J. und Wälterlin, U. (2020). *Les jeunes aux urnes ? Il est temps de changer de perspective !* SWI swissinfo.ch. Abgerufen auf <https://www.swissinfo.ch/fre/politique/les-jeunes-aux-urnes--il-est-temps-de-changer-de-perspective-/46101916>.

<sup>3</sup> Artikel 9 JuG.

<sup>4</sup> Frisbee – Freiburger Netzwerk der Kinder- und Jugendorganisationen, [Bilan de la première édition de la session fribourgeoise des jeunes – 26-27.11.22, 7](#).

Schlussanträge abschliessend dem Grossratspräsidenten sowie weiteren Grossrätinnen und Grossräten vorgelegt werden konnten. Letztendlich hat sich die erste FJS als ein Instrument erwiesen, das dazu beiträgt, die in der Strategie «I mache mit!» verankerten Ziele der politischen Bildung und der Stärkung des Rechts auf Partizipation für die Jugendlichen zu erreichen.

Die Teilnahme an der Veranstaltung war kostenlos und wurde speziell von Frisbee intensiv beworben. Die Rückmeldungen der Moderatorinnen und Moderatoren als auch der Teilnehmenden waren äusserst positiv und widerspiegelten eine echte Begeisterung für diese Erfahrung<sup>5</sup>. Das Organisationskomitee zieht somit eine sehr positive Bilanz der ersten Ausgabe.

Bei den Rückmeldungen wurden mehrere Verbesserungsmöglichkeiten sowie die Frage nach der Periodizität der FJS eingebracht. Die jungen Teilnehmenden sprachen sich für eine jährliche Jugendsession aus, während das Organisationskomitee die organisatorische Herausforderung einer solchen Veranstaltung betonte.

Die Finanzierung wurde durch Beiträge der ILFD, der GSD, einiger Gemeinden des Kantons<sup>6</sup> sowie der Loterie Romande gewährleistet.

### **3. Entwicklungsansätze**

Der Staatsrat schliesst sich dem Vorschlag der Motionärinnen an, die Unterstützung einer parlamentarischen Jugendsession mit einer Gesetzesänderung dauerhaft zu verankern. In Bezug auf die Organisation der FJS hält es der Staatsrat für relevant, die Expertise von Frisbee zu nutzen, indem das Netzwerk seine Rolle als wirtschaftlicher und administrativer Unterstützer beibehält und die Veranstaltung promotet. Dies wird insbesondere damit begründet, dass man die Art und Philosophie der FJS – entstanden aus der Initiative und dem Engagement von Jugendlichen – respektieren möchte, genauso wie die Absicht des Vereins Frisbee, die Jugendsession weiterhin zu organisieren. Würde die Organisation von den Jugendlichen selbst übernommen, wie bei der ersten Ausgabe, bräuchte es eine administrative Unterstützung durch Fachpersonen des Staates; dies hat auch das Organisationskomitee der ersten Ausgabe bestätigt<sup>7</sup>.

In diesem Sinn und zur Förderung der koordinierten Unterstützung von Initiativen zugunsten der Partizipation und der politischen Bildung von Jugendlichen schlägt der Staatsrat die Einrichtung einer Begleitgruppe vor, die mit der Unterstützung und Organisation der FJS beauftragt wird. Die GSD soll die Leitung der Begleitgruppe übernehmen, in der unter anderem die ILFD, die BKAD, die VWBD, die Staatskanzlei und das Sekretariat des Grossen Rates vertreten sein werden.

Für die Umsetzung einer regelmässigen Jugendsession werden weitere Massnahmen erforderlich sein, so dass der gleichberechtigte Zugang, die Teilnahme und die Repräsentativität der jungen Freiburgerinnen und Freiburger gewährleistet sind. Der Staatsrat ist der Ansicht, dass diese

---

<sup>5</sup> Im Anschluss an die FJS nahmen die Teilnehmenden an einer Zufriedenheitsumfrage teil; die Moderatorinnen und Moderatoren gaben dem Organisationskomitee eine mündliche Rückmeldung. Die detaillierten Rückmeldungen sind im Dokument [Bilan de la première édition de la session fribourgeoise des jeunes - 26-27.11.22](#), 5 von Frisbee – Freiburger Netzwerk der Kinder- und Jugendorganisationen festgehalten.

<sup>6</sup> Im Dokument [Bilan de la première édition de la session fribourgeoise des jeunes - 26-27.11.22](#), 10 präzisiert Frisbee – Freiburger Netzwerk der Kinder- und Jugendorganisationen die folgenden Gemeinden: Belfaux, Corbieres, Ferpicloz, Freiburg, Gibloux, Kerzers, Pierrafortscha, Siviriez, St-Aubin, Tafers, Ueberstorf, Ulmiz, Val-de-Charmey, Wünnwil-Flamatt.

<sup>7</sup> Frisbee – Freiburger Netzwerk der Kinder- und Jugendorganisationen, [Bilan de la première édition de la session fribourgeoise des jeunes – 26-27.11.22](#), 7.

Veranstaltung eine bedeutende Anzahl von Jugendlichen aus dem Kanton erreichen muss (z. B. 100 nach dem Vorbild des Freiburger Parlaments). Dafür spielen Kommunikation und Sichtbarkeit wesentliche Rollen; eine breite, staatlich geförderte Kampagne in Schulen, Jugendzentren oder auch ausserschulischen Vereinen ist nötig, damit junge Menschen aus allen Bereichen erreicht werden können.

Deshalb schlägt der Staatsrat vor, das JuG zu ändern, so dass:

- > eine alle zwei Jahre durchgeführte, kantonale parlamentarische Jugendsession unterstützt wird;
- > eine Begleitgruppe für die Jugendsession eingerichtet wird, die von der Kinder- und Jugendbeauftragten und ihren Mitarbeitenden im Jugendamt (JA) koordiniert wird;
- > präzisiert wird, dass die kantonale Jugendsession administrativ von der für die Kinder- und Jugendpolitik zuständigen Direktion und ihrer zuständigen Dienststelle getragen wird;
- > die Session bei den Jugendlichen promotet wird, insbesondere in den Schulen und Berufsschulen des Kantons.

Im Anschluss an die Gesetzesänderungen schlägt der Staatsrat vor, die Zusammensetzung, die Befugnisse und die Funktionsweise der Jugendsession auf dem Verordnungsweg zu präzisieren.

Basierend auf dem Fazit der ersten Jugendsession<sup>8</sup> werden die notwendigen Ressourcen zur Deckung der direkten Organisationskosten der FJS auf 40 000 Franken pro Session geschätzt. Die Deckung dieses Betrags wird im Rahmen der Entwurfserarbeitung zur Umsetzung der vorliegenden Motion geprüft, vorbehaltlich der Erheblicherklärung des Grossen Rates. Der Gesamtbetrag oder ein Teilbetrag könnte insbesondere durch eine Unterstützung der Zweisprachigkeit der Session (wie bei der ersten Ausgabe) und/oder durch einen Beitrag des Jugendrats, dessen Rolle bei der Organisation der kantonalen Sessions geklärt werden muss, sichergestellt werden. Zur Gewährleistung einer soliden Unterstützung und Begleitung der Sessionsorganisation wären zusätzliche personelle Ressourcen in Höhe von 0,1 VZÄ erforderlich. Diese werden durch eine Priorisierung der internen Budgetdotations der zuständigen Dienststelle finanziert.

#### **4. Schlussfolgerung**

Aus den dargelegten Gründen schlägt der Staatsrat dem Grossen Rat die Annahme der Motion vor.

---

<sup>8</sup> Frisbee – Freiburger Netzwerk der Kinder- und Jugendorganisationen, [Bilan de la première édition de la session fribourgeoise des jeunes – 26-27.11.22](#), 10.